

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Sprechnummer Nummer 22 und 37.

Postfach-Konto:
Nr. 954 Berlin N.W. 7

Meinziges Publikations-Organ des Magistrats von Christiansstadt a. B.

Giro-Konto
bei der Reichsbank



Ercheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis: In den Ausgabeorten in Stadt und Land 1,60 Goldmark, ins Haus gebracht 20 Goldpfennig mehr, im Wochenbesuge 42 Goldpfennig, ins Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr. Durch die Post bezogen 1,80 Gm, durch den Briefträger ins Haus gebracht 40 Goldpfennig mehr. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsmangel oder Auslieferung hat der Bezieher seinen Anspruch auf Abrechnung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenpreise: Die 9-spaltige Kolonnenzeile für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 5 Goldpfennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 7 Goldpfennig. Im Restamtliche die 4-spaltige Kolonnenzeile je Millimeterhöhe 18 Goldpfennig, — für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Nichtigkeit zu übernehmen. Abat nach letztem Tarif, mit Gültigkeit bei fortwährender Zahlung, bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anruf auf denfalls.

Nummer 128

Donnerstag, den 4. Juni 1925

115. Jahrgang

Donnerstag Ueberreichung der Kontrollnote.

Die am Sonnabend von der Vorkontrollkommission genehmigte Entwaffnungsnote der Entente ist durch Sonderkurier nach Berlin abgegangen und in Berlin eingetroffen. Die Ueberreichung soll am Donnerstag erfolgen. Die Frage, an wen die Note übergeben werden wird, an den Reichskanzler oder an den Außenminister, ist noch nicht geklärt. Der Reichskanzler Dr. Luther dürfte erst am Donnerstag nach Berlin zurückkommen. Der Außenminister Dr. Stresemann wird am heutigen Mittwochnachmittag abgehen. Ueber den Inhalt der Entwaffnungsnote ist offiziell noch nichts bekannt.

Im Anschluß an die Note werden wohl langwierige Verhandlungen gepflogen werden, die sich voraussichtlich einige Monate hinziehen dürften, bis über alle Bedenkenpunkte der Vorkontrollkommission ausreichende Klarheit geschaffen ist. Infolgedessen wird die Entwaffnungsfrage auch von der Tagesordnung der Völkerbundratsitzung abgehoben werden.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der französische Vorkontrollkommissioner in Berlin die Kontrollnote am Dienstag erhalten und sie sofort den übrigen alliierten Vertretern übermittelt. Der Reichskanzler soll den englischen Vorkontrollkommissioner, Lord d'Alton, darauf hingewiesen haben, daß er, Luther, infolge der Länge des Schriftstücks nicht in der Lage sei, die Veröffentlichung innerhalb der Frist von 12 Stunden vorzunehmen. Infolgedessen sei eine Verlängerung der Frist angeregt worden. An Berliner zehnjähriger Stelle wird die Pariser Darstellung bestritten.

Wie wir hören, wird die Reichsregierung mit der endgültigen Beantwortung der Entwaffnungsnote mindestens zwei bis drei Wochen Zeit der sachlichen Durchberatung der alliierten Forderungen gebrauchen. Es ist insofern beabsichtigt, zunächst eine provisorische Antwortnote abzugeben, in der der deutsche Standpunkt in der Entwaffnungsfrage eingehend dargelegt werden soll. Die weitere deutsche Mitteilung würde dann eine sachliche Auseinandersetzung mit den alliierten Beschlüssen in der Entwaffnungsfrage betreffen. Nach Lage der Dinge hat man die Eindrücke, daß die Erledigung der Entwaffnungsfrage mindestens ein Vierteljahr in Anspruch nehmen wird.

Unter Bezugnahme auf die Entwaffnungsnote sagt der „Lemps“: Den Deutschen steht es jetzt zu, die moralische Atmosphäre zu schaffen, in der das Vertrauen aufkommen und sich entwickeln kann. Die Annahme, die das Reichsamtblatt der Entwaffnungsnote der Alliierten bereiten wird, wird, so hofft, das Blatt, über die deutsche Haltung aufklären. Aber wie sie auch ausfallen mag, sie wird an den getroffenen Entschlüsse nichts ändern.

Der britisch-französische Meinungs-austausch in der Sicherheitsfrage.

England bekräftigt die Pariser Forderungen.

Der Londoner Berichterstatter des Volkshilfs erklärt über den augenblicklichen Stand des Meinungs-austausches zwischen der britischen und der französischen Regierung in der Sicherheitsfrage folgendes:

Das der französischen Regierung vor kurzen übermittelte britische Memorandum führt die allgemeinen Grundzüge an, die nach Ansicht der britischen Regierung der deutschen Regierung in Beantwortung ihres Vorkontrollbeschlusses als Grundlage für die weiteren diesbezüglichen Verhandlungen mitgeteilt werden müssen. Was das von einem Teil der französischen Öffentlichkeit Meinung aus den „britischen Anträgen“ herausgelassene Zugeständnis des Reichs Frankreichs anbritisch, seinen östlichen Alliierten mittels eines

Durchmarschs durch die entmilitarisierte Rheinlandszone zur Hilfe zu kommen, so wird in hiesigen politischen Kreisen angebetet, daß eine derartige Auslegung den augenblicklichen Erörterungen voraussetzt, da sich die Frage der Auslegung der aufgestellten allgemeinen Grundzüge automatisch ergeben wird, wenn diese der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt worden sind, die sie natürlich zu Anfragen über die Folgen gewisser Punkte veranlassen wird. Nach Ansicht der britischen Regierung muß der Vorkontrollkommissioner beim Zustandekommen, sowie bei der Durchführung des Abkommens eine Sanktionsrolle spielen, und es ist anzunehmen, daß die Forderungen der Deutschen nach Aufhebung des Verbots der Uebernahme aller in der Vorkontrollkommission enthaltenen Verpflichtungen verlangt werden wird, einen Teil der französischen Presse zu Schließen veranlassen, die noch verfrüht sind und von der Auslegung der in Betracht kommenden Paragraphen abhängen. Dies ist um so wahrscheinlicher, als, wie vermutet werden kann, die östlichen Bündnispartner Frankreichs im britischen Memorandum nicht erwähnt sind. Es wird von britischer Seite außerdem darauf hingewiesen, daß alle bisherigen Erklärungen der britischen Regierung zur Sicherheitsfrage den Grundgedanken der Generalkonferenz des geplanten Abkommens betreffen. Die Antwort der französischen Regierung auf die britischen „Anfragen“ erwartet. Es wird angenommen, daß diese Antwort noch vor der Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand in Genf erfolgen wird.

Neue Gefahrenmomente in der Völkerbundsfrage.

Die englische Antwortnote auf die Darlegungen Frankreichs in der Sicherheitsfrage hat in Berlin, soweit der Inhalt des Dokuments hier bekannt ist, außerordentlich große Beachtung gefunden. Die Diskussion über die englische Note beweist, daß die Völkerbundsfrage immer mehr in den Vordergrund tritt. Von malgebender deutscher Seite wird jedoch festgehalten, daß der Stand der Dinge in der Völkerbundsfrage auf Grund dieser Tatsachen als sehr ungünstig für Deutschland besichtigt werden muß. Es ist kaum anzunehmen, daß die Reichsregierung in der Lage sein wird, einen Zulassungsantrag an den Völkerbund zu richten, solange die Frage des Durchmarschs durch die Rheinlandszone in die Angelegenheit Frankreichs behandelt wird. Die deutsche Regierung hat gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie unter solchen Umständen eine jugendbürgertümliche Deutschland zum Völkerbund als eine schwere Gefahr für die Sicherheit des Reiches ansehen müßte. Deutschland würde, falls fremde Truppen sein Gebiet passieren können, direkt zum Aufmarschgebiet der kriegsführenden Parteien werden, ohne daß es infolge der militärischen Entwaflung in der Lage wäre, sich gegen den Einfall der vom Völkerbund angegriffenen Mächte zu schützen. Sollte also England tatsächlich den französischen Standpunkt unterstützen, so würde damit die Aussicht auf einen baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf den Nullpunkt herabsinken.

London, 3. Juni. (Radiobrief des „Sor. Tagebl.“) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zur Sicherheitsfrage, wenn auch die Frage der Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Polen und der Schiedsgerichtsverfahren im Zusammenhang mit der entmilitarisierten Rheinlandszone eine Detailfrage ist, sei sie doch sehr wesentlich, und es ist nicht überflüssig, daß die französische Regierung im Begriffe sei, ihre Ansichten in dieser Beziehung in einer für London bestimmten Note niederzulegen, die im Laufe der Woche zu erwarten sei. Diese Frage könne in verschiedener Weise geregelt werden, nämlich a) im Zusammenhang mit besonderen schiedsgerichtlichen und Schlichtungsverträgen, die zwischen Deutschland und jenen Nachbarn abzuschließen wären; b) durch die in der Vorkontrollkommission vorgesehene Methode der Regelung von Streitigkeiten oder c) durch ein besonderes Verfahren, welches in dem Parte dargelegt wird und welches die Rechte und Verantwortlichkeiten der Unterseite regeln würde.

Sozialdemokratische Unzufriedenheit in Preußen.

Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß mit der Möglichkeit des Austrittes der Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung ernstlich gerechnet werden muß. Die Sozialdemokratie beschäftigt nicht auf die von den Reichsparteien aufgestellten Grundzüge zur Lösung der preussischen Regierungsfrage einzugehen und will für den Fall, daß das Zentrum sich auf bindende Verhandlungen mit den Reichsparteien einläßt, aus der preussischen Regierung austreten. Außerordentlich erregt ist man in den sozialdemokratischen Kreisen darüber, daß Preußen in Reichsrat die Annahme des Entwurfs gegen den Reichstagsbeschluss über die bayerischen Volksgerichtsurteile durch Stimmenthaltung ermöglicht hat.

Die deutschen Eisenbahnen dem deutschen Volke!

Gründung der nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Am zweiten Vorkontrolltag traten die nationalen Eisenbahner in Berlin zu einer Tagung zusammen, um die Gründung einer nationalen Eisenbahnerbewegung vorzunehmen. Zum Vorsitzenden der „Nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ wurde Wättemeyer gewählt. In seiner Eröffnungsrede heißt es: Das Ziel soll sein: nationale Freiheit des Berufsstandes, nationale Freiheit der Eisenbahner und nationale Freiheit des deutschen Volkes; hierzu gehört die Aufhebung der Kriegsschuldfrage. Die Veranlassung fordert die stärkste Befreiung des Sozialismus und Kommunismus. Die Entschließung klingt in die Forderung aus: Die deutschen Eisenbahnen dem deutschen Volke! Ferner wurde beschlossen, mit den deutschen Kollegen im West- und im Ostgebiet, in Danzig und Ostpreußen in Verbindung zu treten. In die Deutsche Verkehrs-Gesellschaft in Wien wurde ein entsprechendes Telegramm abgeholt.

Polen leistet keine Entschädigung.

Einer amtlichen polnischen Meldung aus Warschau zufolge äußerte sich der polnische Eisenbahndirektor Jzida im Sinn in der Frage der Stargarder Eisenbahnkatastrophe. Der Minister berührte auch die Frage der Entschädigungen der Opfer. Er erklärte, daß Polen für einen durch angeblich höhere Gewalt verursachten Unfall nicht zur Verantwortung gezogen werden könne.

Wozu Polen seine Anleihen benutzt.

Warschau, 2. Juni. Anlaßlich eines Presseempfanges gab Ministerpräsident Grablowski zu, daß die amerikanischen Anleihen, die bekanntlich zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Polens gewährt worden war, zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt Verwendung gefunden habe. Dieses Defizit ist hauptsächlich durch die Ausgaben für Rüstungszwecke entstanden.

Neue Blutaten in Bulgarien.

Mailand, 2. Juni. Dem „Corriere della Sera“ wird aus Sofia berichtet, daß Minister Peter Jancow, der im Kabinett Stambuliski Finanzminister war, und der frühere Präsident der Sobranie, Alexan der Batak, die zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt waren, beim Transport von Sofia nach einer Vorkontrollmaßnahme von den begleitenden Polizisten durch Revolvergeschüsse getötet worden sind. Die Polizisten behaupten, daß die beiden einen Selbstmord beginglichen hätten. Die Nachricht hat in Bulgarien einen großen Eindruck hervorgerufen, weil die Minister sehr beliebt waren.

Sofia, 2. Juni. Seit heute morgen finden in Sofia durchgehende Hausdurchsuchungen statt. Der Straßenverkehr auch für Fußgänger ist verboten. Niemand darf Sofia verlassen.

In dem griechischen Prozeß gegen die kommunistischen Verführer haben sich vor dem Kriegsgericht in Smyrna 482 Personen zu verantworten. Der Staatsanwalt hat gegen 63 Personen das Todesurteil beantragt. Das Gericht hat das Urteil noch nicht gefällt.

Zur Schuldent Konferenz.

London, 3. Juni. (Radiobrief des „Sor. Tagebl.“) Nach Klärung der Angelegenheiten wurde im Weichen Hause und im Staatsdepartement erklärt, daß Harveys Anregung, die englisch-französisch-amerikanische Schuldentkonferenz in London abzuhalten, nach Ansicht der Regierung unausführbar ist. Washington sei der geeignete Platz dafür und Amerika beabsichtigt, die Schuldentkonferenz der Nation einzeln zu behandeln.

Die englischen Herbstmanöver.

London, 2. Juni. Nach einer Meldung des „Evening Standard“ werden unter der Leitung des Reichsgeneralstabes große Vorbereitungen für die englischen Herbstmanöver getroffen, an denen 40 000 bis 50 000 Mann teilnehmen und bei denen alle verfügbaren neuen Waffenspezialitäten verwendet werden würden. Unter den ausländischen Beobachtern werde sich auch Marschall Betain befinden.

Marschall Foch in London.

London, 2. Juni. Morgen findet aus Anlaß des 60. Geburtstages des Königs die übliche Truppenparade statt, zu der auch der heute hier eingetroffene Marschall Foch geladen ist. Nach der Parade wird Marschall Foch beim König im Buckingham-Palast das Ehrenkleid einnehmen. Nach einer Meldung von „The Official“ werden heute abend hervorragende Mitglieder der britischen Regierung mit Marschall Foch auf der französischen Vorkontrolltag speisen.

Die Lage in Marokko.

Paris, 3. Juni. (Radiobrief des „Sor. Tagebl.“) Havas meldet, daß die Lage im Westen von Französisch-Marokko unverändert sei. Die durch den gestern gemeldeten Angriff auf Es Salet Misana geförte Ordnung sei wieder hergestellt worden. Der französische Vorkontrollkommissioner in Marokko, Herr de la Motte, hat mit dem General Gervais, dem französischen Kommandanten der französischen Truppen in Zaatcha, eingehende Verhandlungen geführt, um die Vorkontrollkommissionen zu unternehmen. Vorkontrollkommissionen sind in der Gegend von Bouleltag eingetroffen. Im mittleren Frontabschnitt hätten die französischen Truppen ihre Ausgangslagen wieder erreicht, nachdem sie die eben erwähnten Befreiungen vorgenommen und die Verbindungen wieder hergestellt hätten. Es sei kein Zwischenfall zu erwarten. Im Osten sei die Lage stationär. Die französische Artillerie habe feindliche Unterländer zerstört. Marschall Nieuven habe sich, wie bereits gemeldet, nach Taza begeben.

Paris, 2. Juni. Wie aus Marokko gemeldet wird, ist General Serriano nach Vollendung seines Auftrages in Marokko wieder nach Frankreich zurückgekehrt. An Bord desselben Dampfers befanden sich drei in Casablanca verhaftete und aus Marokko ausgewiesene Personen, nämlich ein Metzgermeister, ein Handelsagent und ein Feldweibel. Alle drei erklärten den Grund ihrer Ausweisung nicht zu kennen und protestierten gegen die diesbezügliche Verurteilung, die behauptet, daß sie sich verurteilende militärische Nachrichten verschafft hätten. Die Ausgewiesenen wurden in der Gegend von Paris Wohnung nehmen.

Paris, 2. Juni. Die Abendblätter veröffentlichen ein langes Telegramm aus Marokko, in dem mitgeteilt wird, daß zwei Frauen verhaftet wurden, die angeblich in Marokko eine militärische Proviantfabrik nach Marokko befördern wollten. Ein weiterer Verdächtiger ist derselben Meldung zufolge entkommen; dieser soll im Rheinlande, wo er sich früher aufgehalten haben soll, mit deutschen Kommunisten in Verbindung getreten sein und diese Verbindung auch nach seiner Rückkehr nach Marokko fortgesetzt haben. Im Verlaufe der Verhaftungen soll auch ein Verzeichnis der Truppenteile gefunden worden sein, die nach dem Kriegsschauplatz in Marokko entandt worden sind.

Unruhen in Berlin und Beludschistan.

Aus Berlin wird berichtet, daß Stämme aus Beludschistan die verfassungsmäßige Garison in Kabul angriffen und der Besatzung schwere Verluste zufügten. Unter den Stämmen soll große Unzufriedenheit herrschen wegen Nichtbezahlung der Unterstützung und wegen rückständiger Soldzahlungen.